Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 3.—, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 3.75. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Diese Nummer kostet auf allen Bahnhöfen und bei den Zeitungs-Verkäufern 10 Pf.

Redaktion und Expedition: 153 Fernsprecher 222 Johannisgasse 8.
Haupt-Filiale Dresden: Marienstraße 34 (Fernsprecher Amt I Nr. 1713).
Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg., Lützowstraße 10 (Fernsprecher Amt VI Nr. 4603).

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt

Amtsblatt des Königl. Land- und des Königl. Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Familien- und Stellen-Anzeigen 20 ₰.
Finanzielle Anzeigen, Geschäftsanzeigen unter Text oder an besonderer Stelle nach Tarif.
Die 4gespaltene Reklamezeile 75 ₰.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: nachmittags 4 Uhr.

Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Extra-Beilagen (nur mit der Morgen-Ausgabe) nach besonderer Vereinbarung.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.
Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig (Inh. Dr. B., R. & W. Klinkhardt).

Nr. 68. Dienstag den 7. Februar 1905. 99. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

* Die Handelsverträge werden im Reichstag nun doch erst am Donnerstag zur Beratung kommen und einer Kommission überwiesen werden. (S. Bericht).

* Auf sämtlichen Gruben der schlesischen Kohlen- und Kokswerke ist gestern der Streik ausgebrochen. (S. Dtsch. Reich.)

* Heute abend trifft der Prinz von Asturien mit der spanischen Sondergesandtschaft in Berlin ein.

* Die Mission des Grafen Julius Andrassy gilt als gescheitert; er dürfte nicht einmal ein Uebergangsministerium zu stande bringen. (S. Ausland).

* Nach einer Meldung aus Kattowitz hatte der Gendarmerieoberst v. Puttkamer aus Breslau mit dem Offizier des russischen Wachtkommandos Besprechungen über den russischen Grenzschutz. (S. d. Artikel über Rußland.)

* Gegen den Direktor Bloch vom französischen Kolonialministerium, der nach dem Ausbruch des Mont Pelée nach Martinique reiste, schwebt Untersuchung. (Siehe Ausland.)

Die Lage des russischen Arbeiters in offiziöser Beleuchtung.

(Von unserm Korrespondenten.)

n. Petersburg, 4. Februar.

Als der Streik auf den Putilow-Werken in Petersburg ausbrach und von dort aus immer breitere Dimensionen annahm, wunderte man sich nicht wenig, daß das Finanzministerium — dem bekanntlich auch Handel und Industrie unterstellt sind — nichts tat, um die Differenzen zwischen den Arbeitern und Arbeitgebern beizulegen und eventuell einen kleinen Druck auf die Fabrikherren auszuüben. Eine Notwendigkeit, die sonst als gutes Steuerobjekt warm gehaltene Großindustrie weiter zu verhätscheln, lag gerade in diesem Falle nicht vor. Denn die Putilow-Werke sind ja eben mit Regierungsbestellungen reichlich gefüttert worden, so daß die Regierung ganz gut bei der Fabrikverwaltung einen kleinen Bruchteil von dem in Aussicht stehenden Mammon auch für die nicht wenig angestrengten Arbeiter hätte herausreißen können. Daß das Los des russischen Industriearbeiters durch die mißbräuchliche Ausnutzung der Ueberstunden-Arbeit noch elender und menschenunwürdiger wird, als es schon an und für sich ist, ist ganz bekannt. Erklärte doch dem Schreiber dieses Briefes einmal ein Fabrikherr, daß er, wenn der Fabrikinspektor die Erlaubnis zur Ueberstunden-Arbeit gegeben habe, jeden Mann an die frische Luft befördere, der zur Leistung von Ueberstunden nicht bereit sei. Bei einer solchen rücksichtslosen Ausnutzung der wirtschaftlichen Macht kann es denn auch passieren, daß z. B. die Setzer in Petersburger Zeitungsdruckereien trotz aller staatlichen Regulative 17 bis 18 Stunden täglich beschäftigt sind! Und das noch zu Hungerlöhnen! Denn während z. B. in den Ostseeprovinzen die Setzer schon längst 21 oder 22 Kopeken für 1000 Buchstaben erhalten, haben die Setzer in der teuern ersten Residenz des Reichs beim letzten Streik ganz bescheiden um eine Lohnerhöhung auf 20 Kopeken für 1000 Buchstaben gebeten! Und das bei Zeitungen, deren Redakteure sich in liberalisierenden Leitartikeln und Tiraden nicht genug tun können. Kurz, ein Druck des Finanzministeriums auf die Gewaltigen in der Industrie wäre ganz am Platze gewesen. Indes er blieb aus, und bald nach den barbarischen Vorgängen am 22. (9.) Januar tauchte im Auslande, wie im Inlande die Behauptung auf, die Regierung habe die letzte Arbeiterbewegung absichtlich so anschwellen lassen, um dem Zaren vor einem liberalen Regiment bange zu machen und ein Säbelregiment einzuführen.

Diese Behauptung scheint den Tatsachen durchaus zu entsprechen, da jetzt eine offizielle Persönlichkeit es offen eingestanden hat, daß das Finanzministerium durch die Bureaukratie der Pobjedonoszew-Plehweschen Richtung schon lange an durchgreifenden Reformen auf dem Gebiete der Industriearbeiterfürsorge im allgemeinen, und an Schritten zur Beilegung des Petersburger Arbeiterausstandes im besonderen verhindert worden ist.

Die von Sturwerin dem Jüngeren herausgegebene Zeitung „Ruß" veröffentlicht in ihrer Mittwoch-Nummer eine Unterredung eines ihrer Redakteure mit einem „sehr hohen Beamten des Finanzministeriums". Die Art und Weise, wie die Stellung des Befragten als die eines „sehr hohen Beamten" hervorgehoben wird, legt die Vermutung nahe, es sei der Finanzminister selbst oder sein Gehilfe, der vielfach als Nachfolger Swjatopolk-Mirskis genannte Fürst Obolenski — (nicht zu verwechseln mit dem Generalgouverneur von Finland!). Dieser befragte „hohe Beamte" hat nun erklärt, das Finanzministerium habe „in letzter Zeit de facto keine Möglichkeit gehabt, etwas in der Arbeiterfrage zu tun. Die vor kurzem tagende Konferenz der Industriellen und Beamten des Finanzministeriums sei zu keinerlei Resultaten gekommen, und zwar „vor allen Dingen schon deshalb nicht, weil die Forderungen der Arbeiter etwas kategorisch gestellt wurden und auch nach ihrer Redaktion zu keiner Vereinbarung führen konnten, da eine volle Befriedigung ihrer Wünsche unmöglich war. Wenigstens erklärten das die Vertreter der Industriellen und Fabrikanten dem Ministerium . . ."

An dieser Stelle wurde der Beamte vom Interviewer mit dem Einwande unterbrochen:

„Wir haben zuverlässige Beweise dafür, daß die Deputierten der auf den Putilow-Werken versammelten Arbeiter an dem Tage, wo sie mit dem Direktor Smirnow verhandelten, vor ihrem Weggange erklärten, sie würden sofort die Arbeit wieder aufnehmen, wenn die Fabrikverwaltung ihre Forderungen auch nur teilweise erfülle. Ist es so?"

Und nun erfolgt eine Antwort, die zum Staunen ist, da sie zeigt, daß das Finanzministerium nur durch die Fabrikherren einseitig über die Situation unterrichtet war, eine Antwort, die von einer grandiosen Gleichgültigkeit gegen die Interessen der Arbeiter zeugen würde, wenn sie nicht durchblicken ließe, daß dem Finanzministerium von anderer und zweifellos sehr mächtiger Seite die Hände gebunden worden sind. Denn der „sehr hohe Beamte" erwiderte:

„Uns wurde das in ganz anderer Form übermittelt, und zwar so, daß die Arbeiter auf der vollen und sofortigen Bewilligung ihrer Forderungen beständen. Aber auch im anderen Falle hätte das Ministerium im gegebenen Augenblick (!) nichts zur Ausgleichung des Geistes tun können. Ferner kam die Bewegung so unerwartet, daß wir nichts tun konnten. In Baku hat der Streik einen für die Arbeiter so günstigen Ausgang genommen, weil beide Teile nachgaben und das Ministerium beider Parteien seine Unterstützung gewährte. Das Finanzministerium hat schon längst die Notwendigkeit anerkannt, die Lage und die Lebensbedingungen der Arbeiter zu verbessern. Leider wurde das Ministerium durch das vorhergehende bureaukratische Regime in seinem Beginnen gehemmt. Als Beweis führe ich Ihnen folgendes an: Zwei Jahre lang befand sich die Fabrikinspektion, dieses einzige kompetente Organ in Arbeiterangelegenheiten, in einer ganz unmöglichen Position, so daß jede Möglichkeit zu einer lebendigen und fruchtbringenden Arbeit ausgeschlossen war. Das Ministerium des Innern strebte auf jede Weise dahin, die Fabrikinspektion in sein Ressort überzuführen. Natürlich konnten wir das nicht zulassen. So wußte die Fabrikinspektion zwei Jahre lang nicht, wohin sie gehört. Die Folgen einer solchen Lage sind klar.

Ferner: Zweimal brachten wir bei der höchsten Instanz — (d. i. beim Reichsrat) — ein Projekt zur Arbeiterfürsorge bei Unfällen ein. Und zweimal sagte man uns: „Wartet, noch ist es nicht Zeit . . ." Erst im Jahre 1903 erhielt das Projekt Gesetzeskraft. Es ist klar, daß unter solchen Umständen eine furchtbare und energische Arbeit, wie sie erforderlich war, unmöglich wurde.

Eine sofortige Bewilligung der Forderungen der Arbeiter ist nicht möglich, da die Arbeiter sie als eine dauernde Einrichtung wünschen und diese nur auf legislatorischem Wege durchgeführt werden kann. Darauf ist aber jetzt das Bestreben des Ministeriums gerichtet. Dieses weiß sehr wohl, daß die Ueberstunden-Arbeit im allgemeinen für die Arbeiter sehr schwer ist und daß sie nur Gegenstand einer freien Vereinbarung zwischen Arbeitern und Arbeitgebern sein kann, sowie daß wegen Nicht-Eingehens auf Ueberstunden-Arbeit eine Entlassung des Arbeiters — wie sie jetzt vielfach geübt wird — nicht erlaubt werden kann. Aber regulieren kann man diese Frage nur auf gesetzgeberischem Wege, anders nicht. Und auch hiermit wird sich das Ministerium in nächster Zukunft befassen.

Genau dasselbe gilt auch vom Achtstundentage. Ihn in kategorischer Form durchzuführen, wie das die Arbeiter verlangen, ist unmöglich. Auch im Auslande besteht er fast gar nicht, meistens arbeitet dort der Arbeiter 9 bis 9½ Stunden. Bei uns ist ein Achtstundentag auch schon deshalb nicht gut möglich, weil wir nach dem russischen Kalender viel mehr arbeitsfreie Tage haben, das Ausland hat solcher um ein Drittel weniger. Nichtsdestoweniger bearbeitet das Ministerium auch diese Frage, schon liegt ein reichhaltiges Material vor, und bald bringen wir auch hierzu ein Gesetzprojekt ein."

Dann berührte der „hohe Beamte" die vom Minister Plehwe geschaffenen Arbeiterorganisationen, die, wie er bemerkte, bisher nur Institutionen sind, die die Administrativgewalt schuf, und die deshalb auch „von einem anderen Minister des Innern zu beliebiger Zeit" wieder aufgehoben werden können. Deshalb geht das Finanzministerium darauf aus, auch solche Organisationen durch die Legislative sanktionieren zu lassen.

„Außerdem ist das Ministerium", — sagte der Beamte — „bemüht, ein Gesetzesprojekt auszuarbeiten, nach dem Streiks nicht vom Gesetz bestraft, sondern als Kampfmittel im Kampfe mit den Fabrikanten zugelassen werden."

Zum Schluß der Unterredung zählte der Beamte eine Reihe von arbeiterfreundlichen Maßnahmen des Ministeriums Witte auf und stellte noch weitere auf dem Gebiet der Arbeiterfürsorge in Aussicht. Dabei betonte er, daß die Ordnung der Frauen- und Kinderarbeit, die Schöpfung der Fabrikinspektion, u. a. ausgeführt worden sei — „trotz der Schwierigkeiten", die das „bureaukratische Regime" — d. i. das Ministerium Plehwe — dem Finanzministerium in den Weg gelegt hätte.

So weit die Unterredung. Daß der „sehr hohe Beamte" mit seinen Erklärungen eine Weißwaschung des Finanzministeriums von etwaiger Verschuldung bei den letzten Vorkommnissen versucht haben sollte, erscheint durchaus unwahrscheinlich. Sie bestätigen vielmehr, was sich ganz Rußland sagt, nämlich, daß die seit Jahrzehnten geübte, brutale Gewaltherrschaft der Männer vom Schlage der Pobjedonoszew, Plehwe und Sipjagin, Bobrikow und Sinowjew e tutti quanti es auf eine Reizung der Gemüter anlegt. Und wenn die Putsche nicht kommen wollen, stempelt man aus eigener Initiative entsprungene und nicht auf höheren Befehl angeordnete, friedliche Arbeiterprozessionen dazu. Jede einzelne „Maßregel" und „Reform", das ganze bureaukratische und Polizeisystem, alle „Poloschenija" und „Normal-Ustaws" (Normalstatuten, bezwecken nichts weiter, als eine uniforme, möglichst bequeme und möglichst mechanische Abhaspelung aller Verwaltungs-, Regierungs- und Kulturarbeit, sowie einen möglichst ungestörten Lebensgenuß in möglichst roher und flacher Gestalt. Schon Puschkin hat in einem Vierzeiler das Ideal des Russen in diesem Sinne treffend dargestellt. Bei einer solchen Lebensauffassung darf es nicht Wunder nehmen, daß der russische Tschinownik das unbeholfenste, ungebildetste und unselbständigste Geschöpf, der Herdenmensch sans phrase, ist. Ohne einen Ustaw, der ihm jeden Schritt bis ins kleinste vorschreibt, ist er ein unglücklicher und verlorener Greis auf dem Dache, der sich nicht zu helfen weiß. Und das ist schlimm. Denn gesetzt den Fall, der Zar hätte die Stirn eines Cäsar und dekretierte eine liberale Richtung, er fände auch wirklich aufgeklärte und aufrichtige liberale Minister, — wo nähmen diese für das Rieseenheer von Beamten die geeigneten und gebildeten Männer her?! Der stupide Tschinownik sitzt jedem Russen tief im Blute. Auch die vom Finanzministerium geschaffene Fabrikinspektion, deren unser „hoher Beamter" rühmend gedenkt, hat das bewiesen, wie jeder Industrielle bestätigen wird, der jemals mit dem Fabrikinspektor zu tun gehabt hat. Für kein Reich gilt so wie für Rußland das Wort: men not measures' Männer, nicht Maßregeln.

Der Generalstreik der Bergarbeiter.

Das bereits im gestrigen Abendblatt erwähnte Telegramm des Arbeiter-Vertreters Effertz an den Reichskanzler hat folgenden Wortlaut:

Die von den streikenden Bergleuten im Ruhrrevier gewählte Siebenerkommission wird sich erlauben, Ew. Exzellenz umgehend eine Eingabe einzureichen bezüglich der Stellung der Bergleute zu der im preußischen Landtag angekündigten Novelle, betr. das preußische Berggesetz und zu dem dem Reichstag angekündigten Gesetzentwurf betr. die Rechtsfähigkeit der Arbeiterberufsvereine. Ew. Exzellenz teilen wir dann ergebenst mit, daß die gesamte Siebenerkommission bei dem Verein für bergbauliche Interessen telegraphisch um eine Unterredung nachgesucht hat zur Besprechung folgender ermäßigter Forderungen: 1) Eine 15proz. Lohnerhöhung an Stelle des zuerst geforderten Minimallohnes; 2) kommt ein Gedinge nicht zustande, so soll der Durchschnittslohn gleichartiger Arbeiten gezahlt werden und nicht, wie bisher, der erschlichene Tagelohn. 3) Nach Aufnahme der Arbeit soll keine Maßregelung der Streikenden vorgenommen werden. 4) Gute Deputatkohle auch für die bedürftigen Invaliden und Bergmannswitwen. 5) Humane Behandlung. Auf Grund der beabsichtigten Verhandlung soll die Arbeit eventuell aufgenommen werden.

Die Siebener-Kommission, Johann Effertz, Altem-Essen, Karster.

Der Reichskanzler hat Herrn Effertz heute morgen telegraphisch geantwortet:

Ihr Telegramm habe ich erhalten und danke Ihnen für die Mitteilung. Im allgemeinen Interesse halte ich es für dringend geboten, daß die Arbeit jetzt, wie Sie am Schluß in Aussicht stellen, sogleich wieder aufgenommen wird. Für diesen Fall bin ich auch gern bereit, Vertreter der Arbeiter und der Unternehmer zu weiteren Verhandlungen zu empfangen.

Reichskanzler Graf Bülow.

Dieser Depeschenwechsel klärt zugleich eine Differenz auf, die in den bisherigen Meldungen vorhanden war, sich aber auf Grund des bis gestern mittag vorliegenden Materials nicht beseitigen ließ. Nach der Essener Meldung handelt es sich um vier vom Arbeitersekretär Giesbert angeführte Punkte, mit denen die Siebenerkommission beim Bergbauverein vorstellig werden wollte, nach der zweiten, uns aus Bochum zugegangenen Drahtmeldung um fünf Punkte. Das Telegramm der Siebenerkommission führt nun tatsächlich fünf Punkte auf, unter denen sich die von Giesbert angegebenen nicht befinden. Der Widerspruch löst sich so, daß die von Giesbert angegebenen vier Punkte den Hauptinhalt der Berggesetznovelle ausmachen werden. Praktischen Erfolg wird übrigens der Depeschenwechsel voraussichtlich nicht haben, da die Bergleute nicht zu bewegen sein werden, die Arbeit ohne weiteres wieder aufzunehmen. Die Zusicherung der Zechenbesitzer, daß sie nach Wiederaufnahme der Arbeit gern bereit sein würden, „berechtigten" Wünschen der Arbeiter entgegenzukommen, ist doch zu unbestimmt, denn was sind „berechtigte" Forderungen? Was den Bergleuten durchaus berechtigt erscheint, wird möglicherweise den Zechenbesitzern im höchsten Grade unberechtigt erscheinen. Auf die Hilfe der Regierung ist insofern kein Verlaß, als sie noch keine direkten Machtmittel zur Verfügung hat, um die Zechenbesitzer zur Erfüllung irgendwelcher Forderungen zu zwingen, mag sie auch noch so guten Willen haben, den Mißständen abzuhelfen.

Tatsächlich scheint nämlich die Regierung sich mit den Vorgängen im Ruhrrevier eifrig zu beschäftigen. Graf Posadowsky verließ am Montag, nach Beantwortung der freisinnigen Interpellation, den Reichstag, um auf Veranlassung des Reichskanzlers an einer Konferenz teilzunehmen, die sich laut „B. T." mit den neuesten Vorgängen im Ruhrrevier beschäftigte.

Dabei ist nicht zu leugnen, daß sich die Situation immer mehr verschärft, und zwar durch das hartnäckige Verhalten der Zechenbesitzer, die damit eine um so schwerere Verantwortung auf sich laden, als der Streik sich weiter auszudehnen beginnt. Daß in Belgien der Generalstreik der Bergleute angefangen hat, ist bereits erwähnt worden. Es haben damit sämtliche Arbeiter der Kohlengruben von Gouffre, Centre de Jumet, Pierreau le Grand, County Dourelles-Nord, Augustin und Gilly die Arbeit niedergelegt. Teilweise in den Ausstand getreten sind die Arbeiter von 13 Kohlenwerken. 12 Werke sind vom Ausstande nicht berührt.

Ferner teilte nach dem „L.-A." der Delegierte Schröder in einer Versammlung zu Bochum mit, daß die englischen Bergleute seit gestern nur fünf Tage arbeiten würden zur Vermeidung der Ueberproduktion. Falls über Frankreich englische Kohle nach Deutschland eingeschmuggelt werden sollte, würde in England ebenfalls der Ausstand proklamiert werden. In Amerika würden große Geldsammlungen eingeleitet.

Bedenklich wird allmählich auch die Lage in Oberschlesien, wo ein allgemeiner Ausstand der Bergleute bereits ganz offen angekündigt wird, wie folgende Meldungen erkennen lassen:

* **Breslau**, 6. Februar. Die „Schles. Ztg." meldet aus Rydnik: Gestern hat in Niedobschütz eine Bergarbeiterversammlung stattgefunden, zu der etwa 250 Personen erschienen waren. Der Hauptinhalt der Verhandlungen, die zwei Stunden in Anspruch nahmen und ruhig verliefen, bildete ein Aufruf des Ausstandskomitees, betreffend den Ausstand in Westfalen, Neurode und Oberschlesien mit den schon im Ruhrrevier gestellten und hierorts noch verstärkten Forderungen. Es wurde ausdrücklich betont, daß ein Ausstand zur Zeit nicht vorteilhaft sei; es müßten vielmehr alle Bergarbeiter zu einer festen Organisation zusammentreten, und erst, wenn alles im Ruhrgebiet, im Waldenburger und Oberschlesischen Kohlenrevier festorganisiert sei, dürfe und müsse in den Ausstand getreten werden, um dann zu erzwingen, wenn keine Kohlen mehr geliefert werden können, daß die Forderungen der Bergarbeiter in weitem Maße angenommen werden.

Die „Bresl. Ztg." meldet aus dem Waldenburger Revier: Die vereinigten Grubenverwaltungen im Waldenburger Bergrevier haben in ihrer gestrigen Sitzung die Forderungen der Arbeiterschaft abgelehnt. Eine in Gottesberg gestern abgehaltene Bergmannsversammlung beschloß auf Anraten der Vertrauensmänner mit knapper Mehrheit, noch nicht in den Streik einzutreten, sondern nochmals mit den Direktionen zu verhandeln. Trotzdem ist heute auf sämtlichen Gruben der schlesischen Kohlen- und Kokswerke der Streik ausgebrochen, von 1358 Mann sind 809 nicht eingefahren.

* **Beuthen**, 6. Februar. Auf der „Paulus-Grube" bei Morgenroot sind heute früh von 440 Mann unter Tage 164 im Ausstand. Die Ruhe ist nicht gestört. Auf der „Hohenzollern-Grube" bei Beuthen sind von 600 Schleppern 89 ausständig.

Die Krisis in Russland.

Von der deutsch-russischen Grenze.

Aus Kattowitz meldet der „L.-A.": Gendarmerieoberst v. Puttkamer aus Breslau hatte heute nach einer Inspektion des Wachtschutzes der über den Grenzfluß Brilnitza führenden preußischen Eisenbahnbrücke eine Unterredung mit einem Offizier des russischen Wachtkommandos. Die deutsche und die russische Grenzbehörde stehen angesichts der Unruhen im Grenzbezirk im engen Einvernehmen miteinander. Eine starke russische Grenzwache wird das unbefugte Ueberschreiten der deutschen Grenze mit aller Energie verhindern. Diesseits erfolgt eine Vermehrung der Gendarmerieposten an der Grenze. Die Heranziehung von Militär bleibt bis zum äußersten Fall ausgeschlossen.

Nach einem Telegramm aus Sosnowice ist seit Sonnabend der Betrieb auf der Weichselbahn-Linie Sosnowice-Olkusch infolge des Ausstandes der Eisenbahnarbeiter der Station Strzemieszyce und Beschädigung des Weges eingestellt. Auf die Forderung der Ausständigen ist in den Realschulen seit Mittwoch und in der Handelsschule seit Freitag der Unterricht eingestellt.

SLUB
Wir führen Wissen.